

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 14 - Honorarreform 2009 – Auswirkungen auf Schleswig-Holstein

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503
Fax: 0431 / 988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 362.08 / 08.10.2008

Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung im niedergelassenen Bereich

Eine Honorarreform für die niedergelassenen ÄrztInnen ist überfällig. Wir müssen aber dafür Sorge tragen, dass sich hier nicht dasselbe Desaster abspielt, wie bei den Fallpauschalen in den Krankenhäusern. Das Ziel muss sein: gleiches Geld für gleiche Leistung, Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Vergütung, feste Preise anstelle von wackelweichen Punktwerten und „last but not least“ eine Verlagerung des Morbiditätsrisikos weg von den ÄrztInnen hin zu den Krankenkassen.

Alle diese Ziele sind Konsens – bundesweit - zwischen Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen, sogar auf der politischen Ebene. Zu schön um wahr zu sein! Die entscheidende Frage ist aber, wie kommen wir hin zu diesen Zielen? Gibt es auf dem Weg Verzerrungen, die ungerechterweise zu regionalen Verwerfungen oder Ungleichbehandlungen anderer Art führen?

Diese Reform muss gleich richtig eingetütet werden. Gleicher Lohn für gleichwertige Leistung, das muss für niedergelassene ÄrztInnen bundesweit und innerhalb aller (Fach-)Arztgruppen gelten. Natürlich geht es hier in erster Linie um eine Selbstverwaltungsaufgabe. Dennoch darf sich Politik an so zentraler Stelle wie der gesundheitlichen Versorgung von BürgerInnen keinen weißen Fuß machen.

Die ärztliche Honorarreform hat schon begonnen: 2008 mit dem neuen einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM). Auch dieser war innerhalb der Ärzteschaft nicht unumstritten. Jetzt folgt in 2009 die erste Stufe der bundesweiten Vereinheitlichung. Der Bundesbewertungsausschuss hat einen neuen einheitlichen Orientierungspunktwert und als Puffer regionale Zu- und Abschläge festgesetzt.

Natürlich gibt das Ärger. Das kann auch nicht anders sein. Denn keiner bekommt in Zukunft mehr das, was er bisher gewohnt war. Einige bekommen de facto mehr, einige real weniger und einige mehr aber weniger als die übliche Steigerung. So hat dann jeder was zu meckern. Keiner hier im Hause möchte, dass Schleswig-Holstein in diesem Verteilungskampf den Kürzeren zieht. Aber man muss auch immer das Ganze im Blick behalten.

Ich danke meinem Kollegen von der FDP, dass er mit seinem Antrag für einen ausführlichen Bericht der Landesregierung gesorgt hat. Dieser sollte Licht in den Honorardschun- gel bringen. Ob wir jetzt besser durchblicken, überlasse ich jedem selbst zu beurteilen.

Was grundsätzlich jedoch schwierig zu verstehen ist – sowohl im DRG als auch im Honorarsystem: wie sind Deckel und Festpreise vereinbar? Wenn ein Deckel drauf ist, oder anders ausgedrückt, die Vergütung budgetiert ist, wie können dann feste Endpreise damit vereinbart werden? Gar nicht!

Als Steuerung bleibt dann nur noch die Menge. Das ist das Restrisiko auf dem die Niedergelassenen sitzen bleiben: kommen zu viele PatientInnen müssen diese quasi umsonst behandelt werden.

In 2009 bleibt es noch bei den verhassten Punkten. So richtig spannend wird es also erst in 2010, wenn der eigentliche Systemwechsel ansteht, weg vom Punktwert hin zum Preis und hin zur Verlagerung des Morbiditätsrisikos auf die Kassen.
